

# Avanti O.

RSB Oberhausen

## Wer streikt, kann gewinnen!



Demo der KollegInnen aus dem Sozial- und Erziehungsdienst, Oberhausen, 18. Mai 2015

### Für die Aufwertung der sozialen Berufe kämpfen – und für das Streikrecht!

#### K.O.

**D**ie Anforderungen an die Beschäftigten in Kitas, in sozialen Brennpunkten, Anlauf- und Beratungsstellen sowie in Behinderteneinrichtungen sind stetig gestiegen. Die Anerkennung ihrer Arbeit und, damit verbunden, ihre Bezahlung, sind es nicht. Anknüpfend an den kraftvollen zehnwöchigen Streik im Jahr 2009 gingen die KollegInnen in der diesjährigen Tarifrunde selbstbewusst in den Arbeitskampf. Ziel ist die längst fällige Aufwertung ihrer Arbeit.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, traten vor allem ErzieherInnen am 8. Mai in einen unbefristeten Streik. Streiken ist das wirksamste Mittel, das Lohnabhängige zur Durchsetzung ihrer Forderungen haben.

Derzeit wird das Streikrecht jedoch über verschiedene Wege angegriffen. Konkrete Beispiele hierfür sind das „Tarifeinheitsgesetz“ und Abkommen wie TTIP. Die EU-Kommission will zudem die Rechtmäßigkeit von Tarifforderungen und Streiks davon abhängig machen, ob sie verhältnismäßig sind. Es gibt Bestrebungen in der EU, das Streikrecht in der Daseinsvorsorge einzuschränken.

Unter dem Titel „Für ein modernes Streikrecht. Koalitionsfreiheit achten – Daseinsvorsorge sicherstellen“ fasste der CSU-Parteivorstand am 26. Januar 2015 einen Beschluss, der einen klaren Vorstoß in diese Richtung darstellt (Originaltext: siehe <http://shortlinks.de/11b5>).

Er richtet sich vorgeblich gegen den angeblich unverhältnismäßigen Arbeitskampf der GdL, bezieht sich aber auf die Daseinsvorsorge im Allgemeinen. Damit wären auch die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst von diesen Angriffen auf das Streikrecht betroffen.

Unter einem modernen Streikrecht versteht die CSU die Einführung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens, die Pflicht zur Vorankündigung von Streiks, wenn sie denn unvermeidbar sind, und die Vereinbarung einer Mindestvorsorge. Für die letztere sollen die Tarifparteien künftig einen „konkreten Streikfahrplan“ vorlegen.

Wo bleibt der nötige Widerstand – auch von ver.di – gegen diese akute Bedrohung? Nur Unterschriften sammeln reicht nicht! Nur wer die Möglichkeit hat zu streiken (und hiervon auch Gebrauch macht) kann gewinnen! ■

Liebe Leserinnen und Leser,

in der zehnten Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur *Avanti* ist mit dem Streik der ErzieherInnen auch das Streikrecht wieder Titelthema. Der Veranstaltung der Roten Hilfe im Mai widmen wir einen längeren Beitrag. Den ersten Teil findet Ihr auf Seite 2.

Weitere Themen sind eine Nachlese zur Antifa-Demo am 1. Mai in Osterfeld und eine Veranstaltung mit dem Gesundheitsminister von Kobanê.

Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt	
<b>TITEL</b>	<b>ANTIRASSISMUS</b>
<b>01 Soziale Berufe</b> Aufwerten und Streikrecht verteidigen!	<b>03 Nachlese zum 1. Mai</b> Der 1. Mai in Oberhausen Osterfeld
<b>GESCHICHTE</b>	<b>INTERNATIONAL / TERMINE</b>
<b>02 Rote Hilfe</b> Veranstaltung, Teil 1: Die Rote Hilfe in der Weimarer Republik	<b>04 Kobanê</b> Veranstaltung mit dem Gesundheitsminister von Kobanê
	<b>04 Termine</b>

# „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern!“

## Teil 1: Die Rote Hilfe in der Weimarer Republik

Am 12. Mai 2015 fand im Linken Zentrum in Oberhausen eine Veranstaltung zur Geschichte der Roten Hilfe statt. Schwerpunkte waren ihre Entstehung und ihre Aktivitäten in der Weimarer Republik sowie der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe ab 1933. Die Referentin schilderte anschaulich, auf welche Weise praktische Solidarität mit politisch Verfolgten geübt wurde, wer die Aktiven waren, und welche Rolle ihre Arbeit für den Klassenkampf und den Widerstand gegen die Nazis gespielt hat. Auch im Ruhrgebiet.

### P.S.

Die Veranstaltung wurde von der Roten Hilfe OG Oberhausen / Westliches Ruhrgebiet in Zusammenarbeit mit dem Hans-Litten-Archiv<sup>1</sup> organisiert und im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum Tag der Befreiung am 8. Mai durchgeführt.

Die Referentin stellte zu Beginn den heutigen Verein Rote Hilfe e. V. sowie das Hans-Litten-Archiv vor. Dann berichtete sie, wie die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) entstanden ist und wie sie sich in der Weimarer Republik engagierte:

Die Frauenhilfe für politische Gefangene, die 1919 in München als Reaktion auf die Zerschlagung der Räterepublik und die damit verbundene Repression entstand, war eine der Vorläuferinnen der Roten Hilfe. Sie war eher eine Selbsthilfeorganisation. Weitere Vorläufer waren die 1921 gebildeten Rote-Hilfe-Komitees der KPD. Die RHD selbst wurde als eine der KPD nahe stehende, aber formal selbständige und von ihr unabhängige Mitgliederorganisation im Jahr 1923 gegründet.

### Stärkung des Klassenkampfes

Die RHD war keine linke Caritas, sondern eine politische Vereinigung, die mit ihrer Solidaritätsarbeit die Stärkung des Klassenkampfes zum Ziel hatte. Als internationalistische Organisation gehörte sie der Internationalen Roten Hilfe (IRH) an. 300 AnwältInnen waren in Deutschland für die Rote Hilfe tätig. 1932 wurden 9.000 linke Gefangene, 20.000 Angehörige und 50.000 linke Aktive, gegen die Ermittlungsverfahren liefen, von ihr finanziell unterstützt. Die Rote Hilfe betrieb

Erholungsheime für die Kinder politischer Gefangener. Um die nötigen Mittel zu erhalten, sammelten die Mitglieder Geld- und Sachspenden. Gegen Spenden führten sie politische Sketche auf.

Die Rote Hilfe organisierte zudem große Kampagnen: Für die Freilassung von politischen Gefangenen, zum Beispiel für den Dichter und Räterepublikaner Erich Mühsam, oder gegen Gesetzesvorhaben wie den § 218, der Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellte.

Die RHD gab verschiedene Publikationen heraus: Rechtshilfefibel, aber auch Romane und Berichte über die Situation in anderen Ländern.

1932 soll die Rote Hilfe in Deutschland nach eigener Angabe ca. 1 Million Mitglieder gehabt haben. Diese Zahl ist wahrscheinlich zu hoch, da auch Organisationen Mitglied werden konnten und deren Mitglieder wohl doppelt gezählt wurden. Auf jedem Fall haben der Roten Hilfe aber viele Hunderttausend Menschen angehört. Auch wenn sie der KPD nahe stand, waren zahlreiche SozialdemokratInnen, AnarchistInnen und Parteilose unter den Mitgliedern. Einzelne Kampagnen wurden von Prominenten wie Kurt Tucholsky, Käthe Kollwitz oder Heinrich Mann unterstützt.

### Frauen in der Roten Hilfe

Spezielle Kampagnen der RHD richteten sich direkt an Frauen. Die Arbeit von und mit Frauen war für die Rote Hilfe zentral. Dabei nutzten sie das traditionelle Frauenbild und die damit verbundene Rolle der Frauen in ihrem Interesse. Auf diese Weise an das Frauenbild anzuknüpfen war einerseits nicht unproblematisch, kam andererseits den Frauen aber

auch entgegen. Die Arbeit in der Solidaritätsorganisation war niederschwelliger als die in der KPD. Es handelte sich um praktische, humanitäre Aufgaben, die die Frauen in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen und gut mit ihrer Familienarbeit vereinbaren konnten. Zudem waren viele der Unterstützten Frauen und Kinder, da die Repression hauptsächlich Männer traf. Frauen wurde ein bewusstes politisches Engagement eher nicht zugetraut. Es gab Frauengruppen in der RHD, und der Frauenanteil war deutlich höher als in der KPD. 1926 lag er bei 19,1 Prozent, 1932 bei 26,7 Prozent.

Auch Jugendarbeit gehörte zu den Aktivitäten der Roten Hilfe. Sie gab eigene Zeitungen für ein junges Publikum heraus und organisierte Aktionen und Ausflüge für Jugendliche.

Bereits in der Weimarer Republik wurde die Rote Hilfe Ziel von Repression. Einige ihrer Veranstaltungen wurden verboten, gegen einzelne ihrer Einrichtungen vorgegangen. So wurde das Kinderheim Barkenhoff in Worpsswede, ein Erholungsheim für die Kinder inhaftierter oder im Ersten Weltkrieg gefallener politischer Kämpfer, 1932 geschlossen.

Im Frühjahr 1933 wurde die Rote Hilfe von den Nazis verboten. ■

(Fortsetzung folgt.)

### Fußnote

<sup>1</sup> Archiv der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen in Göttingen. Hans Litten, der Namensgeber, war einer der bekanntesten Rechtsanwälte der Roten Hilfe in der Weimarer Republik. Nähere Infos: siehe [www.hans-litten-archiv.de](http://www.hans-litten-archiv.de)

### TIPP

Wenn Ihr mehr über die Geschichte der Roten Hilfe erfahren möchtet: Der Historiker Nikolaus Brauns hat hierüber ein empfehlenswertes Buch geschrieben, das Ihr über Antiquariate noch bekommen könnt:

Nikolaus Brauns:

#### Schafft Rote Hilfe!

Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene (1919-1938)  
348 S., 300 Abb.,  
Großformat, gebunden.  
Pahl-Rugenstein Verlag,  
Neupreis: 32,00 Euro

Eine Rezension des Buches findet Ihr auch auf der Website des RSB:  
[www.rsb4.de/content/view/1098/81/](http://www.rsb4.de/content/view/1098/81/)

### Die Rote Hilfe heute:

Eine Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke

Mehr Informationen über die Rote Hilfe findet Ihr auf ihrer zentralen Website, über die auch die Seiten der Ortsgruppen erreichbar sind:

[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

1. Mai 2015

# Eine klare Absage an rassistische Propaganda

Zeitgleich mit der offiziellen Kundgebung des DGB auf dem Ebertplatz wollte Pro NRW den 1. Mai nutzen, um in Osterfeld Stimmung gegen die dort geplante Flüchtlingsunterkunft zu machen.

K.O.

Die Bürgerinitiative „Wohnumfeld Kapellenstraße“ hat sich extra zu dem Zweck gegründet, den Bau einer Flüchtlingsunterkunft auf dem nahe gelegenen Zirkusplatz zu verhindern. Deren Aktivitäten boten der extremen Rechten einen willkommenen Anlass für den Versuch, ihre menschenverachtende Politik in Oberhausen an den Mann und die Frau zu bringen.

Mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz in Osterfeld wollte eine sehr überschaubare Anzahl von PRO NRW-AnhängerInnen am 1. Mai mit diversen Redebeiträgen an die Vorbehalte der AnwohnerInnen anknüpfen. Etwa 400 Menschen, darunter viele GewerkschafterInnen, traten diesem Ansinnen lautstark und erfolgreich entgegen. Die RassistInnen fanden kein Gehör.

Unterstützung fanden sie allerdings von Seiten der Polizei, die den AntifaschistInnen ausgesprochen aggressiv gegenüber trat und friedliche DemonstrantInnen mit Pfefferspray und Schlagstöcken attackierte. Im Anschluss an die Gegenkundgebung wurden zudem et-



Foto: Andrea-Cora Walther

Kundgebung gegen PRO NRW, OB-Osterfeld, 1. Mai 2015

wa zwanzig der TeilnehmerInnen von der Polizei eingekesselt. Von allen wur-

den die Personalien festgestellt, obwohl die Polizei nur zwei von ihnen verdäch-

tigte, Straftaten begangen zu haben. ■

## Nein zu Ausgrenzung und Rassismus!

C.P. / L.M.

Das „Problem“ sind nicht Flüchtlinge und MigrantInnen, sondern Rassismus und Diskriminierung. Die Aushöhlung des Rechts auf Asyl und restriktive Einwanderungsgesetze treiben Flüchtlinge und MigrantInnen in die Illegalität, machen sie leichter angreif- und damit für die modernen Sklavenhalter ausbeutbar.

Die EU und damit auch die GroKo sind politisch mitverantwortlich für die Fluchtursachen in Südosteuropa, Nordafrika und dem Nahen Osten. Kriege, politische Unterdrückung und soziale Verelendung fallen nicht vom Himmel. Sie werden von den Profiteuren des Kapitalismus organisiert – auch durch die zunehmenden

deutschen Waffenexporte und die deutsche Großmachtspolitik.

Das Mittelmeer ist zum Massengrab für Flüchtlinge geworden. Das ist ein Skandal! Er wird nicht durch die Versenkung von Schlepperbooten durch die Bundesmarine beendet. Stattdessen ist die Bekämpfung der Fluchtursachen (Kriege, Unterdrückung und Verelendung) dringend erforderlich. Doch weder die EU noch die Bundesregierung handeln in diesem Sinne.

Die rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen würde schnell helfen, ihre Diskriminierung zu bekämpfen. Sie brauchen das Recht auf Bestimmung des Aufenthalts- und Wohnortes. Die Legalisierung der „Illegalen“ ist ebenso erforderlich wie ein neues Staatsbürgerrecht, das nicht

an die Nationalität gekoppelt ist, sondern das aktive und passive Wahlrecht allen EinwohnerInnen bei allen Wahlen zubilligt.

Zuerst mit dem von Spitzeln und Staatsmitteln unterstützten Terror des NSU und jetzt mit Pegida, Nazi-Hools & Co. haben Neofaschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit neue Höhepunkte erreicht.

Eine Gesellschaftsordnung, deren oberstes Gesetz der Konkurrenzkampf um immer mehr Reichtum und Macht für wenige Profiteure ist, kann keine menschliche Solidarität entfalten. Im Gegenteil: Rassismus, Neofaschismus und Islamismus einerseits, Passivität und Gleichgültigkeit andererseits sind die politischen Folgen. Zudem die Förderung des Kampfs aller gegen alle. Dessen

Nutznieser sind die Herrschenden, denn die Vereinzelung verhindert kollektiven Widerstand.

Wir sind der Meinung, dass Neofaschismus, Nazi-Hools, Islamismus und Rassismus nicht per Dekret aus der Welt zu schaffen sind. Wir vertrauen keinem Staatsapparat, dessen Spitzel in den faschistischen Organisationen verankert sind, und der die Totalüberwachung vorantreibt.

Wir setzen auf die gemeinsame Kraft von AntifaschistInnen und AntirassistInnen. Wir setzen auf eine breite außerparlamentarische und internationalistische Bewegung für die konsequente Verteidigung der Menschenwürde und der Menschenrechte.

In Oberhausen und überall. ■

# Den Wiederaufbau von Kobanê unterstützen!

Auf Einladung der Partei Die Linke kam Nassan Ahmad, Gesundheitsminister von Kobanê, am 9. Mai 2015 nach Dinslaken. Er machte deutlich, unter welch katastrophalen Bedingungen die Menschen in Kobanê heute leben. Die einzige demokratische Alternative zu den autoritären Regierungen in der Region benötigt dringend internationale Unterstützung für den Wiederaufbau.

P.S.

**K**obanê ist eine Stadt im Norden Syriens und gehört zum gleichnamigen Kanton in Rojava (Westkurdistan). Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien begannen 2012 die BewohnerInnen von Rojava mit Erfolg, demokratische Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen, ohne vorab mit solchen Strukturen Erfahrungen gesammelt zu haben. Alle Menschen verfügen dort seitdem über das Recht, ihre ethnische, sprachliche, geschlechtliche, religiöse und kulturelle Identität zu leben. Die Rechte der Frauen sind umfassend gesetzlich garantiert. Frauen sind in Rojava zu einer treibenden Kraft geworden.

Am 15. September 2014 erfolgten die ersten schweren Angriffe durch ca. 9.000 IS-Anhänger auf Kobanê. Zu der Zeit befanden sich dort nur Verteidigungseinheiten, die gegen die eingesetzte schwere Artillerie keine Abwehrwaffen hatten. 450 Dörfer wurden vom IS eingenom-

men. Die BewohnerInnen mussten fliehen. Ca. einen Monat lang kämpften die Volksverteidigungseinheiten von Rojava (YPG) allein gegen den Terror. Durch Öffentlichkeitsarbeit und internationale Solidarität, durch Veranstaltungen und Demonstrationen, wurde erreicht, dass der bewaffnete Widerstand gegen den IS international und mit wirksamen Waffen unterstützt wurde. So konnte die Stadt Kobanê am 27. Januar 2015 befreit werden.

Von den eingenommenen Dörfern sind jedoch 40 bis 50 weiterhin unter der Kontrolle des IS. Die Infrastruktur der befreiten Dörfer und der Stadt Kobanê sind fast vollständig zerstört. Dies gilt für die Wasser- und Stromversorgung ebenso wie für Schulen und Krankenhäuser.

Viele Leichen können aus den zerstörten Gebäuden nicht geborgen werden, da es an entsprechendem Gerät mangelt. Die Bevölkerung wird durch nicht geräumte Munition gefährdet. Der zurückweichende IS hat zudem Minen auch in Häusern

versteckt, durch die es noch nach dem Ende der Kämpfe Tote und Verletzte gibt.

Trotz der Zerstörung wollen die Menschen, die vor dem Terror des IS geflohen sind, nun nach Kobanê zurückkehren. Die Stadt muss wieder aufgebaut werden, was nur mit internationaler Unterstützung möglich ist. Hierzu muss ein Korridor nach Kobanê geschaffen werden, durch den Hilfsgüter transportiert werden können. Derzeit erfolgt die Lieferung von Hilfsgütern über die Türkei, die jedoch ihre Grenzen meist verschließt. Auch die Ein- und Ausreise der Menschen ist schwierig.

Kobanê ist als ein fortschrittliches Projekt zur Zielscheibe des IS geworden. Die Angriffe richteten sich gegen Menschlichkeit, Demokratie und Frauenrechte. Die BewohnerInnen haben dafür gekämpft, dass der IS keinen Erfolg hat. Dies hat für sie viel Leid mit sich gebracht. Ihre Existenzgrundlage wurde zerstört. Viele mussten fliehen und sind traumatisiert. Tausende Menschen, haupt-

sächlich ZivilistInnen, wurden ermordet. Nassan Ahmad sieht es als eine moralische Pflicht der internationalen Gemeinschaft, dass sie die Menschen in Kobanê jetzt beim Wiederaufbau unterstützt und auch den nötigen politischen Druck auf die Türkei ausübt. ■

## Solidarität

Medico international sammelt Spenden für Nothilfe und Wiederaufbau in Rojava. Näheres zu den geförderten Projekten erfährt Ihr über die Website der Organisation:

[www.medico.de/kobane-spenden-fuer-den-wiederaufbau-15878/](http://www.medico.de/kobane-spenden-fuer-den-wiederaufbau-15878/)

Spendenkonto:

medico international

Konto-Nr. 1800

Frankfurter Sparkasse

BLZ 500 502 01

IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00

BIC: HELADEF1822

## RSB/IV. Internationale

# Wer wir sind und was wir wollen

**D**er *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

## Impressum:

RSB Oberhausen

Postfach 10 01 25

D-46001 Oberhausen

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46

Email: [info@rsb4-oberhausen.de](mailto:info@rsb4-oberhausen.de)

V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim



## TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Mittwoch, 10.06.15, 12:00, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür, Oberhausen, Gewerkschaftshaus
- Samstag, 13.06.15, 15:00 bis 21:00, Nachbarschaftstreffen von wso auf dem John-Lennon-Platz: Herstellung von Pflanzkübeln. Für Musik, Essen und Trinken ist gesorgt.
- Donnerstag, 18.06.15, 19:00 Uhr, Aktiventreffen der Roten Hilfe, Büro LINKE LISTE Oberhausen, Friedensplatz 8